

Der Vollzugsdienst

6/2021 – 68. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

dbb fordert eine Initiative zur Modernisierung des bundes-deutschen Strafvollzuges

Zusammenarbeit ist der Weg aus der „föderalistischen Einbahnstraße“

Seite 5

Gastgeberland Bremen: BSBD Ländertreffen 2021 in Achim/Niedersachsen

Erste Zusammenkunft nach 2019 mit umfangreichem Programm

Seite 30

Matthias Nicolai zum neuen Vorsitzenden des BSBD Mecklenburg-Vorpommern gewählt

Mitglieder zur aktiven Beteiligung an Kundgebungen aufgerufen

Seite 43

40. Gewerkschaftstag des BSBD zieht Bilanz

BSBD-Bundesvorsitzender René Müller einstimmig wiedergewählt

Lesen Sie mehr dazu
ab Seite 2 dieser Ausgabe



BERLIN



HAMBURG



HESSEN

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Wieder ist ein Jahr vergangen ...
- 1 Dank des Bundesvorsitzenden René Müller für das entgegengebrachte Vertrauen beim 40. Bundesgewerkschaftstag
- 2 40. Bundesgewerkschaftstag des **BSBD** zieht Bilanz und stärkt die gewerkschaftliche Zusammenarbeit im Justizvollzug
- 4 Ehrungen für verdiente Mitglieder
- 5 dbb fordert eine Initiative zur Modernisierung des bundesdeutschen Strafvollzuges
- 7 Seminarthema: Deutschland vor der politischen Wende?
- 7 Sind wir auf dem rechten Auge blind? Seminar zum Thema: Rechte Gewalt in Deutschland

LANDESVERBÄNDE

- 9 Baden-Württemberg
- 20 Bayern
- 22 Berlin
- 26 Brandenburg
- 30 Bremen
- 31 Hamburg
- 35 Hessen
- 43 Mecklenburg-Vorpommern
- 45 Niedersachsen
- 49 Nordrhein-Westfalen
- 63 Rheinland-Pfalz
- 67 Saarland
- 71 Sachsen
- 74 Sachsen-Anhalt
- 77 Schleswig-Holstein
- 80 Thüringen
- 69 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	bsbd.bund-kleemann@e-mail.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@vnsb.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 1/2022:



15. Februar 2022

Kurzfristiges Spitzengespräch anberaumt:

BSBD-LANDESVORSTAND ZU GAST BEI MINISTERIN MARION GENTGES MdL

Die Landespresse hatte in den Tagen vor dem 24. September 2021 intensiv und umfangreich über die Beratungen und den Kabinettsbeschluss zum anstehenden Landeshaushalt 2022 berichtet. Daher freute es den Landesvorsitzenden Alexander Schmid, am 24. September – vor der Sitzung des Landesvorstandes des BSBD von Frau Ministerin Marion Gentges im Rahmen einer kurzfristig anberaumten Besprechung und begleitet von einer Abordnung des Landesvorstandes – Einzelheiten zu den umfangreichen Planungen erfahren zu dürfen.



(v.l.): Alexander Schmid, Teresa Mazzarella, Ministerin Gentges, Lars Rinklin, Barbara Reber.

Ministerin Marion Gentges, die in Begleitung von Harald Egerer, dem Leiter des Personalreferates der Abteilung IV des Ministeriums der Justiz und für Migration, erschienen war, war es ein persönliches Anliegen, den BSBD zeitnah über Hintergründe und Tendenzen

zum Haushalt 2022 zu informieren. Die skizzierten Ergebnisse, über die noch nicht im Detail berichtet werden kann, da der Haushaltsgesetzgeber, also der Landtag hiermit noch zu befassen ist, sind jedenfalls sehr ermutigend, so eine erste Bewertung des BSBD.

Klar ist jedoch schon jetzt, dass es erneut ein Paket aus Neustellen und ein Stellenhebungsprogramm geben werde, welches den Kurs aus dem Doppelhaushalt 2020/21 fortsetzen soll.

Ministerin Gentges hat es offenbar sehr gut verstanden, die Haushaltskommission und das Kabinett von den Notwendigkeiten im Justizvollzug zu überzeugen und trägt damit auch den zahlreichen Anregungen und Forderungen des BSBD Rechnung.

Der Landesvorsitzende Alexander Schmid freute sich darüber, dass damit ganz offensichtlich die schriftlich formulierten Anregungen des BSBD zum Landeshaushalt 2022 und die zuvor bereits vorgebrachten Standpunkte zum Koalitionsvertrag insgesamt schon eine große Wirkung erzielen konnten, und die Politik offensichtlich weiter bereit ist, den eingeschlagenen Kurs der Konsolidierung und Neustrukturierung im Bereich des Justizvollzuges fortzusetzen.

Alexander Schmid / wok

BSBD verstärkt politische Herbstoffensive

Landesvorstand zu Gast bei den GRÜNEN im Landtag

Die vergangenen Wochen hat der BSBD-Landesvorstand genutzt, um alte Kontakte zu erneuern und neue Verbindungen zu knüpfen. Der Pandemie geschuldet gab es viel zu lange zu wenige Möglichkeiten, die so wichtigen persönlichen Treffen und den persönlichen Austausch zu pflegen oder gar erst, wie in diesem Falle, neu anzulegen.



(v.l.): Alexander Schmid, MdL Ayla Cataltepe, MdL Daniela Evers, Steffen Schelenz, Teresa Mazzarella, MdL Thomas Hentschel.

Foto: BSBD BW

Die Fraktion der GRÜNEN hat mit der Rechtsanwältin Daniela Evers MdL eine neue Vorsitzende im AK „Recht und Verfassung“ und auch das Team des Arbeitskreises hat sich deutlich verändert. Da war es dem BSBD natürlich ein Anliegen, der Nachfolgerin des früheren AK-Vorsitzenden Jürgen Filius einen Besuch abzustatten und die ersten schriftlichen Kontakte aus der Zeit unmittelbar nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg endlich auch „in echt“ umzuwandeln.

So war der 13. Oktober 2021 um 17.00 Uhr im großen Fraktionssaal der GRÜNEN ein spannender Termin. Der BSBD war mit dem Landesvorsitzenden Alexander Schmid, der stellvertretenden Pressereferentin Teresa Mazzarella und dem Schriftführer im Landesvorstand Steffen Schelenz bestens vertreten.

Bemerkenswert ist jedoch auch, wie personalstark die Delegation der GRÜ-

NEN auftrat. Neben der AK-Vorsitzenden **Daniela Evers** waren in Präsenz und teilweise auch online zu abendlicher Stunde zahlreiche Abgeordnete und Mitarbeiter zugeschaltet.

Die Abgeordneten **Thomas Hentschel**, **Daniel Lede-Abal**, **Martina Häusler**, **Ayla Cataltepe**, **Catherine Kern**, **Germaine Knoll-Meritt** und der Justiziar der GRÜNEN, **Parlamentsrat Simon Letsche**, nahmen sich viel Zeit für den umfangreichen Austausch.

So wurden Fachthemen wie Haftvermeidung, Ersatzfreiheitsstrafen und deren Reduzierung, bauliche Situation im Justizvollzug mit besonderem Blick auf die Neubauten der JVA Rottweil und des JVKH auf dem Gelände der JVA Stuttgart, die Situation der Ausbildung in den mittleren Diensten, die Gewinnung von Nachwuchs und Bewerbern für den Justizvollzug, Suchttherapie und Verhaltenstherapie erörtert. Auch der Ausblick auf den anstehenden Einzelhaushalt 2022 und die damit verbundenen möglichen Verbesserungen für den Strafvollzug waren ein wichtiger Gesprächspunkt. Es entstand eine angeregte und von vielen interessierten Nachfragen geprägte, sehr lebendige Gesprächsrunde. Beide Seiten waren und sind sich einig, dass es gilt, diesen Austausch fest zu etablieren und sich regelmäßig gegenseitig zu informieren und die andere Seite zu hören. Auch bei schwierigeren Themen wie der Parkraumbewirtschaftung bei den Justizvollzugsanstalten, hier plädiert der BSBD weiterhin dafür, dieses Projekt mindestens im Strafvollzug wieder zu streichen und dem im Koalitionsvertrag zu findenden Antidiskriminierungsgesetz, bei welchem der BSBD bereits zuvor erhebliche Zweifel und Bedenken angemeldet hat, wird es gelten, sich verstärkt auszutauschen. Insgesamt muss aber festgestellt werden, dass am Ende des Gesprächs galt, was der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** schon zu Beginn formulierte: „Es hat sich zu unserer großen Freude eine wertschätzende und intensive Zusammenarbeit zwischen den GRÜNEN und dem BSBD etabliert, die zu wichtigen Verbesserungen für den Strafvollzug geführt hat. Die frühere, manchmal zu spürende ‚Kontakthemmung‘ ist ein Relikt vergangener Tage und das ist sehr gut so. Daher sehen Sie heute einen entspannten und positiv gestimmten BSBD-Landesvorsitzenden zu Gast bei den GRÜNEN“.

So kann es jedenfalls gerne weiter gehen ... gemeinsam an der Sache orientiert arbeiten, auch wenn die Rollen naturgemäß unterschiedliche sind.

Alexander Schmid / wok

Eine gute Verbindung, auf die immer Verlass ist:

BSBD IM LANDTAG BEI DER SPD-FRAKTION



(v.l.): Jonas Weber (Mdl SPD), Thomas Stuntz (BSBD-OV HN), Michael Schwarz (BSBD-LV), Alexander Schmid (BSBD-LV), Dr. Boris Weirauch (Mdl SPD).

„Egal ob in der Regierungsverantwortung oder in der Oppositionsrolle, die SPD-Fraktion hat sich immer für den Strafvollzug und seine Themen und insbesondere seine Beschäftigten interessiert und sich hierfür im Landtag eingebracht“, so der Landesvorsitzende **Alexander Schmid**. Daher war und ist es nur konsequent, diesen Austausch auch während der aktuellen Legislaturperiode weiter zu pflegen.

So war der 30. September 2021 für die Vertreter des BSBD: **Alexander Schmid**, **Michael Schwarz** und als Gast **Thomas Stuntz** ein guter und wichtiger Termin. Gastgeber waren die Abgeordneten **Dr. Boris Weirauch**, der Vorsitzende des AK Recht und Verfassung – **Jonas Weber**, der Strafvollzugsbeauftragte – und **Sascha Binder**, der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion (zugeschaltet per Video).

Die langjährige parlamentarische Beraterin **Simone Gessmann** ergänzte das Besprechungsteam der SPD-Fraktion.

Sehr interessiert und immer wieder ergänzt durch Fragen zu Hintergründen und zur vollzuglichen Realität wurden verschiedenste Themen angesprochen. So konnten erste Einschätzungen zu den möglichen Haushaltsverbesserungen im Rahmen des Einzelhaushalts 2022 ausgetauscht werden.

Diskutiert wurde auch die Frage nach den im Koalitionsvertrag zu findenden Aussagen und deren Relevanz mit Blick auf den Strafvollzug. Ebenso konnten

Bewertungen zur Thematik der Neuberechnung der Jahresarbeitszeiten vertieft erörtert werden. Gerade die Themen der Jahresarbeitszeiten und der aktuellen Belastungen durch einen im Bundesvergleich nachweislich am knappsten aufgestellten Personalkörper im Strafvollzug standen sehr im Fokus der Abgeordneten. Es wurde anerkennend zur Kenntnis genommen, dass es zwar erkennbare Bemühungen der Politik gibt, hier die Trendwende einzuläuten, aber klar wurde auch, dass der Weg stets sehr weit sein wird, wenn

man vom letzten Platz der Vergleichstabelle kommt.

Die SPD sagte zu, hier die Regierungsarbeit genau im Blick zu behalten, um dadurch Stillstand zu vermeiden.

Thomas Stuntz, der zuvor in einem Schreiben an die SPD-Fraktion den Stein sprichwörtlich ins Rollen gebracht hatte, nutzte die Gelegenheit, aus dem Alltag in einer Vollzugsanstalt zu berich-

ten und warnte davor, durch grundsätzlich gut gemeinte Verwaltungsmaßnahmen wie die Neuberechnung der Jahresarbeitszeiten im Vollzugsdienst noch mehr Druck aufzubauen. Es müssten andere Wege gemeinsam gefunden werden, um sozialverträgliche und zuverlässige Dienstpläne zu gestalten.

Die mögliche umfangreiche Reduzierung von Dienstposten sei nur zu Lasten der Sicherheit der Beschäftigten und der Gefangenen sowie mit einer Abkehr vom gesetzlichen Auftrag der Resozia-



Foto: LT BW Abg.-Profile

Sascha Binder Mdl SPD.

lisierung hin zum Verhauhvollzug zu erreichen. Dies wolle sicher keiner der Verantwortlichen. Die Abgeordneten nahmen diese Gedanken, die auch von den Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** und **Michael Schwarz** unterstrichen wurden, auf und sagten zu, sich im parlamentarischen Rahmen mit dieser Fragestellung zu beschäftigen und hierzu anschließend erneut das Gespräch mit dem **BSBD** zu suchen.

Auch wenn das aktuelle Regierungshandeln mit Blick auf den Strafvollzug Anlass zu Optimismus gibt und erkennbar scheint, dass der Strafvollzug deutlich mehr in den Mittelpunkt der Wahrnehmung gerückt sein möge, so ist doch die Unterstützung und die parlamentarische Kontrolle der **SPD**-Fraktion mehr als wünschenswert, um diesen Trend auch verstetigen zu können.

So endete ein gut einstündiges Gespräch mit vielen guten Eindrücken und dem sicheren Gefühl, hier mit Parlamentariern gesprochen zu haben, die sich wirklich für Personal und Struktur des baden-württembergischen Justizvollzugs interessieren und nachdrücklich einsetzen.

Alexander Schmid / wok

Im Spiegel der Presse

JUSTIZ – PERSONALZAHLEN – HAUSHALT 2022

Praktisch mit den Koalitionsverhandlungen und der Aufnahme der Regierungsgeschäfte haben auf allen möglichen politischen und gewerkschaftlichen Ebenen ausgiebige Erörterungen über die künftigen Personalbedarfe in den einzelnen Ressorts begonnen – und dies besonders angesichts der wohlbekannten angespannten Haushaltslage. Da konnten insbesondere die Justiz – und auch der Justizvollzug – nicht fehlen, zumal in der zurückliegenden Legislatur einige nachhaltigen Maßnahmen in den Personalbereichen bereits erfolgreich auf den Weg gebracht worden waren.

Die Presse hat diese Diskussionen aufmerksam verfolgt und dabei – im Gegensatz zu früheren Jahren – den Justizvollzug immer wieder in den Fokus gerückt und in der Prioritätenliste ganz oben angesiedelt.

Dem BSBD ist dies Anlass, den von der Presse hervorgehobenen Stellen-

wert des Vollzuges zu unterstreichen und darauf hinzuweisen, dass die Absicherung seiner Funktionsfähigkeit und die Weiterentwicklung seiner Strukturen nur mit dem Einsatz von ausreichendem und qualifiziertem Personal erreicht werden können.

Da oftmals auf diesem Terrain nur schwer an Zahlen heranzukommen ist, wollen wir kurz aus einigen Presseveröffentlichungen zitieren – in der Hoffnung, dass diese Zahlen im realen Landeshaushalt 2022 dann auch eingestellt sein werden.

Für die ganz konkreten Vorbereitungen zum **Haushalt 2022** berichtete bereits am **14. September 2021** **SWR** aktuell, dass „**Finanzminister Bayaz** in den vergangenen Wochen mit den Fachministerinnen und Fachministern in sogenannten Chefgesprächen über die Prioritäten und Bedarfe gesprochen hatte. In seiner Vorlage für die Haushaltskommission hatte er Mehrausga-



Was auch kommt: Ich bleibe in Balance.
Mit meinem Einkommensschutz.

Mit **SI WorkLife** können Sie Ihr Einkommen jetzt ganz individuell schützen und drohende Einkommensverluste abfedern. Wir bieten passgenaue Lösungen, mit denen Sie genau das versichern können, was Sie wirklich brauchen. Ihr persönlicher Betreuer der **SIGNAL IDUNA** Gruppe oder auch unsere Ansprechpartner vor Ort beraten Sie gerne.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, oed-info@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

ben in Höhe von 656 Millionen Euro anerkannt, wie es aus Regierungs- und Fraktionskreisen hieß. Davon hätten sich 500 Millionen Euro aus früheren politischen Festlegungen ergeben, etwa dem Breitbandausbau.“ ... „Allerdings müssen die Ministerinnen und Minister bei den Plänen für 2022 Abstriche machen. So sollten zum Beispiel bis zu 4.200 neue Stellen bei der Polizei oder im Schulwesen geschaffen werden – das werde bei Weitem nicht möglich sein, hieß es bei den Haushaltsverhandlungen von **Grünen** und **CDU** am Montagabend. Die Ressorts hatten trotz des eher geringen finanziellen Spielraums wegen der Corona-Krise neue Ausgaben in Höhe von knapp 2,4 Milliarden Euro angemeldet. Für Mehrausgaben stehen nach **SWR**-Informationen im neuen Landeshaushalt allerdings insgesamt nur gut 900 Millionen Euro zur Verfügung.“

Vier Tage später – am **18. September** – meldete erneut **SWR aktuell**: „Die **grün-schwarze** Koalition in Baden-Württemberg hat sich nach einer vierstündigen Sitzung auf den Entwurf für den Haushalt 2022 verständigt. Die Regierung will über 1.200 neue Stellen schaffen, vor allem bei der Justiz, in Schulen und Gesundheitsämtern, sagte Finanzminister **Dr. Danyal Bayaz** (**Grüne**) der **Deutschen Presse-Agentur** am späten Freitagabend in Stuttgart.“

Und weiter: „Von den neuen Stellen entfallen über 450 auf den Bereich Justiz. Allein 250 Stellen solle es für Anwältinnen und Bewerber im Justizvollzug geben, hieß es. Darüber hinaus will die Koalition dem Wunsch von Justizministerin **Marion Gentges** (**CDU**) nach mehr Stellen für Richterinnen und Richter und bei den Staatsanwaltschaften entsprechen.“...

„**Grün-Schwarz** einigte sich zudem darauf, einen Teil des Budgets von knapp 250 Millionen Euro, das noch für Investitionen zur Verfügung stand, für Lehrkräfte auszugeben. Es sollen 195 neue Stellen geschaffen werden zur Entlastung der Schulleitungen und für Lehrkräfte für Klassen, in denen behinderte und nicht-behinderte Kinder zusammen lernen. Für die Gesundheitsämter, die in der Corona-Krise teilweise stark überlastet waren, soll es 184 Stellen geben.“

Nachdem diese personellen Grundlagen im Haushaltsentwurf feststanden, wurde dieser am 27. Oktober 2021 in den Landtag eingebracht.

Hierüber schrieb der **Südkurier** am **28.10.21**: „**Grün-Schwarz** plant im neuen Haushalt Investitionen in Höhe von 915 Millionen Euro ein – ein großer



Finanzminister Dr. Danyal Bayaz.

Foto: Ministerium der Finanzen BW

Teil des Betrags soll allerdings in bereits festgelegte Projekte fließen.

Das Geld soll unter anderem für ein neues 365-Euro-Jahresticket verwendet werden, mit dem Schüler und Auszubildende in ganz Baden-Württemberg mit Bussen und Bahnen fahren können.

Einen großen Block bei den Ausgaben bilden generell die 1200 neuen Stellen, die in Justiz, Gesundheitswesen und eben Schulen geschaffen werden sollen. Justizministerin **Marion Gentges**



BBW-Vorsitzender Kai Rosenberger.

Foto: BBW Beamtenbund Tarifunion

(**CDU**) erhält alleine für den Justizvollzug 265 Stellen, Sozialminister **Manfred Lucha** (**Grüne**) kann für seinen Bereich 290 zusätzliche Stellen einplanen. Außerdem wird 2022 auch die Einstellungsoffensive bei der Polizei mit jährlich 1.340 Anwärtern fortgeführt.“

Und **SWR aktuell** berichtete am **27. Oktober 2021** zur Einbringung des Haushaltsentwurfs: „Der Etatentwurf für das kommende Jahr ist in den Landtag eingebracht worden. Der Haushalt umfasst insgesamt knapp 56 Milliarden Euro. Finanzminister **Dr. Bayaz** will keine neuen Schulden aufnehmen und knapp eine halbe Milliarde Euro der Corona-Kredite tilgen.“

Im baden-württembergischen Landtag soll nun der Landeshaushalt 2022 kurz vor Weihnachten 2021 – nämlich am 22. Dezember – beschlossen werden; es bleibt also spannend, ob er auch für den Justizvollzug ein „Geschenk“ bereithalten wird.

Bereits einige Zeit zuvor – nämlich am **22. September 2021** – hatte der **BBW** in einer Pressemitteilung die Einigung der Koalitionäre zum **Haushaltsentwurf 2022** aufgegriffen und folgendes geschrieben:

Lob vom BBW: Haushaltsmittel für neue Stellen ist gut angelegtes Geld

„Im Gegensatz zu den vielen Kritikern begrüßt der **BBW** – Beamtenbund Tarifunion, dass die Landesregierung an der geplanten Schaffung von 1.200 neuen Stellen festhält und dies mit der Absegnung des Etatentwurfs 2022 auch dokumentiert hat. „Haushaltsmittel für neue Stellen ist gut angelegtes Geld“, erklärte **BBW-Chef Kai Rosenberger** heute (22.09.2021) in Stuttgart.

Zugleich lobte er, **Grün-Schwarz** sei sich inzwischen offensichtlich bewusst, was eine starke Verwaltung Wert ist, und auch bereit, sich dafür gegenüber Kritikern zu behaupten. Positiv bewertete **Rosenberger** zudem, dass der geplante Stellenzuwachs ohne zusätzliche Schulden bewältigt werden soll.

Trotz der Corona-bedingten außergewöhnlichen finanziellen Belastungen sei es gut und richtig, jetzt den öffentlichen Dienst zu stärken, betont **Rosenberger**. Schließlich gehe es darum, endlich Lücken zu schließen, die bereits vor der Pandemie bestanden, während dieser aber in bestimmten Bereichen überdeutlich sichtbar geworden sind.

Die Landesregierung plant, im kommenden Jahr knapp 1.200 Stellen zu schaffen, 1.040 davon im nachgeord-

neten Bereich. Die größten Posten bei der Verteilung der 1.200 Neustellen entfallen auf die Bereiche Justiz (451 Neustellen), Kultus (214), Soziales (290), Wissenschaft (160), Innen (49) und Umwelt mit 40 Neustellen. Zudem soll die Einstellungsoffensive mit jährlich 1.300 neuen Polizeianwärtern auch 2022 fortgeführt werden.

Von den neuen Stellen im Justizbereich entfallen 180 auf Staatsanwälte und Richter. Sinnvoll und notwendig, kommentiert der **BBW** dieses Vorhaben, das nicht nur dazu beitragen könnte,

die Aufarbeitung von Verfahren zu beschleunigen, sondern auch Hass und Hetze gegen Inhaber öffentlicher Ämter wirkungsvoll zu begegnen. Genauso wichtig sei aber auch die Stärkung des Justizvollzugs, unterstreicht der Vorsitzende des **BBW** und verweist darauf, dass gerade im Justizvollzug und bei den Justizwachtmeistern seit Jahren schon ein Personaldefizit bestehe.

Gerade hier habe Baden-Württemberg im Ländervergleich die schlechteste Beschäftigungsquote. Dringend erforderlich sei ebenfalls die Stärkung

des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der Gesundheitsämter auf kommunaler Ebene.

Dass es hier ein Defizit gebe, sei spätestens während der Corona-Pandemie dem letzten Zweifler noch klar geworden, sagte der **BBW**-Vorsitzende.

Ähnliches gelte für den Bildungsreich. Deshalb sei es gut und richtig, dass 195 Lehrerstellen neu geschaffen und Schulleiter entlastet werden sollen. Dringend geboten sei zudem das Aufrechterhalten der Einstellungsoffensive bei der Polizei.“ **wok** ■

BSBD-Personalräte sind bestens informiert

Personalräteschulung des BSBD wieder in Präsenz



Die Tagungsteilnehmer – versammelt mit Referenten und BSBD-Vorständen.

Endlich war es wieder soweit... Am Dienstag und Mittwoch, dem 19. und 20. Oktober 2021 führte der BSBD-Landesverband für seine Mitglieder in den Personalvertretungen eine Personalräteschulung durch.

Nach zweijähriger Pause fanden sich wieder zahlreiche BSBD-Personalräte aus ganz Baden-Württemberg zu der zweitägigen Schulung im Hotel Roger in der schönen „Schwäbischen Toskana“ ein.

Am Vormittag des ersten Tages informierte der **BSBD-Landesvorsitzende Alexander Schmid** die anwesenden Personalräte umfangreich zu aktuellen politischen und gewerkschaftlichen Entwicklungen sowie über die notwendige Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Personalrat. Der Nachmittag war dann wieder traditionell für

den Leiter des Personalreferates der Abteilung Justizvollzug im JM – Herrn **Leitenden Ministerialrat Harald Egerer** – reserviert.

Herr Egerer nahm sich mehrere Stunden Zeit, in denen er neben seinem ausführlichen Bericht auch auf die Wortbeiträge und Fragen der Teilnehmer einging. Eines der Schwerpunktthemen war die Neuberechnung der Jahresarbeitszeit im mittleren Vollzugsdienst des Justizvollzugs.

Am zweiten Tag gab es als Auftakt für die Tagungsteilnehmer einen Bericht über die aktuellen Entwicklungen im Tarifbereich, vorgetragen durch die Kolleginnen **Sabine Bischof** und **Sabine Glas**, die diesen Tagesordnungspunkt nun schon zum wiederholten Mal übernommen haben und sie zeigten, wie wichtig dem **BSBD** der Tarifbereich ist. Den Tarifauführungen schloss sich

der Infobericht des **BSBD-Kooperationspartner Swiss Life Select** an. Der Bericht erfolgte von Herrn **Carsten Zeiß**, Versorgungsspezialist für das dbb-Vorsorgewerk, und Herrn **Michele Assenza**, ebenfalls von **Swiss Life Select**.

Neben diesen zahlreichen Informationen blieb den Teilnehmern und Teilnehmerinnen in den zwei Tagen auch hinreichend Zeit für einen ausgiebigen Erfahrungsaustausch, der gerade für die neugewählten Personalräte und Rätinnen jedes Mal ein großer Gewinn ist.

Am Schluss waren sich alle einig darüber, dass solche Veranstaltungen in Präsenzform sehr wichtig und gewinnbringend sind und deshalb freut es den **BSBD-Landesverband** umso mehr, dass wir diesen, seit über zwanzig Jahren bestehenden, jährlichen Fixtermin wieder in Präsenz durchführen konnten.

Michael Schwarz/wok ■

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Unser bester Zins aller Zeiten

Repr. Beispiel gemäß §6a PangV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanzz.de
www.ak-finanzz.de

Umfangreiche Tagesordnung:

2. Landeshauptvorstandssitzung in altbewährter Präsenzform

Nachdem am 21. Juni 2021 die erste digitale Landeshauptvorstandssitzung des BSBD Baden-Württemberg stattgefunden hatte, über die im letzten VOLLZUGSDIENST ausführlich berichtet worden war, wurde am 27. und 28. Oktober 2021 ins Radisson Blu Hotel in Karlsruhe eingeladen.

Gegen 10 Uhr begrüßte Landesvorsitzender Alexander Schmid herzlich die aus dem ganzen Land angereisten Kolleginnen und Kollegen, namentlich auch Ehrenmitglied Georg Konrath, der zugleich in Funktion des Fachgruppensprechers der Ruhestandsbediensteten an der Sitzung teilnahm.

Weiter kündigte er an, dass Frau Petra Hasebrink, Landesdirektorin der BBBank für den öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg, am Mittag zur Runde stoßen und einen Vortrag halten werde, was sie später im Anschluss an die Mittagspause auch in sehr informativer und kurzweiliger Art und Weise tat. Als nächstes stellte Landesvorsitzender Alexander Schmid eine umfangreiche Tagesordnung vor, die einstimmig noch um ein weiteres Thema ergänzt wurde und unter Punkt 4 ein Totengedenken vorsah. Nachdem 2021 die beiden Ehrenmitglieder des Landesverbands Hans Hambücher und Kurt Weniger verstorben sind, wurden die für sie im letzten VOLLZUGSDIENST erschienen Nachrufe verlesen, bevor man ihnen und allen weiteren verstorbenen Mitgliedern in einer Schweigeminute gedachte.

Sodann befasste man sich mit der einzigen personellen Veränderung im Hauptvorstand. Steffen Schelenz legte auf eigenen Wunsch das Amt des stell-



vertretenden Fachgruppensprechers der Fachgruppe Vollzugsdienst nieder.

Die Fachgruppe hatte im Rahmen der letzten Fachgruppentagung Oliver Haubold von der JVA Stuttgart als Nachfolger in den Blick genommen und schlug ihn dem Gremium zur Wahl vor. Nachdem er sich den Anwesenden kurz vorgestellt hatte, wurde er einstimmig zum neuen stellvertretenden Fachgruppensprecher für den Vollzugsdienst im Justizvollzug gewählt.

Bericht des Landesvorsitzenden

Eingangs berichtete Alexander Schmid von den in den letzten Monaten stattgefundenen Treffen, insbesondere mit Vertretern aus der Politik. So fanden z.B. Gespräche mit den Grünen, der CDU und der SPD statt. Daneben nutzte

Schmid Veranstaltungen wie den Parlamentarischen Abend des Anwaltsvereins, um Kontakte zu pflegen und auf die Belange des Vollzugs aufmerksam zu machen.

Ein besonderes Highlight im Kalender 2021 war das Ministerinnengespräch Ende September. Frau Ministerin Gentges lud den Landesvorsitzenden und weitere Vorstandsmitglieder zum Gespräch ein und informierte sie, wie der Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 den Vollzug berücksichtigen wird.

Sollte der Landtag im Dezember 2021 den Haushaltsentwurf entsprechend beschließen, wofür die Zeichen gut zu stehen scheinen, darf sich der Vollzug insbesondere über folgendes freuen:

- Erhalt von 130 kw-Stellen, davon 50 Anwärterstellen und 80 A7-Stellen, obwohl der Koalitionsvertrag den Wegfall vorsieht,



Plenum.

- Schaffung von 135,5 Neustellen, größtenteils für die neuen Modulbauten, die derzeit in Heimsheim, Ravensburg und Schwäbisch Hall entstehen, aber auch zur Umsetzung der Ergebnisse der AG Medizinkonzept.

Diese und die weiteren Inhalte des Entwurfs können als deutliches Statement der Regierung, aber auch der Opposition verstanden werden, dass den Beteiligten klar ist, welch wichtigen Stellenwert der Vollzug im Land hat und dass es sich dabei um sinnvolle und angezeigte „Investitionen“ in die Zukunft des Vollzugs handelt.

Eine der Kernaussagen im Koalitionsvertrag lautet nämlich, wie Alexander Schmid in Erinnerung rief: „Wir müssen sehr genau unterscheiden zwischen Dingen, die notwendig und geboten sind, um unser Land voran zu bringen, und Dingen, die zwar wünschenswert, aber derzeit nicht finanzierbar sind.“

Zusammenfassend kann der Haushaltentwurf also durchaus als Anerkennung und Wertschätzung der wichtigen Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in den Anstalten im Land verstanden werden und dürfte zu einem recht erheb-



Fachgruppensprecherin Sabine Glas für Tarifangelegenheiten.



(v.l.): Fachgruppensprecher Höherer Dienst Thomas Müller und 1. Stv. Landesvorsitzender Michael Schwarz.

lichen Teil den steten Bemühungen und der unermüdlichen Arbeit des BSBD zu verdanken sein. Wie die Vergangenheit zeigt, war es keinesfalls schon immer so, dass der Vollzug einen solch hohen Stellenwert hat wie aktuell.

Noch vor einigen Jahren schien es illusorisch, dass der Staatsanzeiger eines Tages, wie am 24.09.2021 geschehen, titelt: „Von der geplanten Stärkung des öffentlichen Dienstes

profitiert der Strafvollzug mit 265 neuen Stellen besonders“.

Weiter ging der Landesvorsitzende in seinem Bericht darauf ein, was der BSBD jüngst erreicht hat, etwa die Einführung der freien Heilfürsorge als Wahloption und des Jobrads, Verbesserungen bei Zulagen und Zuschlägen, die Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung u. v. m. Er gab aber auch einen Überblick darüber, was

noch auf der Agenda steht, z. B. Stellenhebungen in allen Laufbahnen, Professionalisierung und Zentralisierung der Ausbildung, sowie Rücknahme der Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe. Überzeugend versicherte er, dass der BSBD sich weiter nachdrücklich für die Ziele einsetzen und das Bestmögliche für seine Mitglieder herausholen werde.

Abschließend ermunterte Schmid die Anwesenden, aktiv das Gespräch mit den politischen Verantwortlichen auf örtlicher Ebene zu suchen. Dies könne eine große Chance sein, denn durch ständigen Austausch und Vermittlung von Eindrücken aus der Praxis sei viel zu erreichen.

Weitere Tagesordnungspunkte waren die Beschlussfassung über den Haushaltsvoranschlag für 2022, der einstimmig angenommen wurde, sowie ein Überblick über die Rechtsschutzanliegenheiten, die über das DLZ abgewickelt werden.

Zum Abschluss des ersten Sitzungstages wurden die Berichte der Fachgruppenvertreter gehört.

Es wurde deutlich, dass Corona die anstaltsübergreifende Arbeit in den Fachgruppen stark erschwert hat. Zum Teil konnte kein Treffen im Berichtszeitraum erfolgen, aber es fand dann meist zumindest ein Austausch online oder telefonisch statt.

Neuberechnung der Jahresarbeitszeiten

Am nächsten Tag wurde ausgiebig über das Thema Neuberechnung der Jahresarbeitszeiten im Vollzugsdienst des Justizvollzugs diskutiert, nachdem der 1. Stellvertretende Landesvorsitzende Michael Schwarz und Anstaltsleiter sowie Fachgruppensprecher für den höheren Dienst Thomas Müller einen Bericht zum aktuellen Sachstand diesbezüglich abgegeben hatten. Klar ist, dass der Ansatz durchaus sinnvoll ist, dass nicht mehr Personal verplant werden kann, als vorhanden ist. Fraglich und daher genau zu beobachten bleibt aber, was das Ministerium mit den Erkenntnissen, die durch die Neuberechnung gewonnen werden, anfangen wird und welche Konsequenzen daraus abgeleitet werden. Der BSBD bleibt an der Problematik dran!

Das BSBD-Infopaket: Der Blaue Ordner

Weiter berichtete der stellvertretende Landeskassier Andreas Rothböck von der Arbeit der AG Gewerkschaftsma-



Plenum.

Premiumpartner des
BSBD hält Verbandstag ab

Seniorenverband ö. D. mit neuer Verbandsspitze

Im wunderschönen Lichthof der BGV in Karlsruhe hielt der Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg seinen Verbandstag am 30. Oktober 2021 ab.

Neben einer umfangreichen Tagesordnung gab es als besonderes geplantes Highlight einen Wechsel an der Spitze des Seniorenverbandes. Seit 2016 hatte **Waldemar Futter** erfolgreich als Nachfolger von **Dieter Berberich** den Verband geführt. Mit überwältigender Mehrheit wurde **Joachim Lautensack**, der auch Leitungsmitglied des BBW ist,



Um den Seniorenverband verdient gemacht:
BSBD-Ehrenvorsitzender Ernst Steinbach.



Steinbachs Nachfolger:
auch kein „unbeschriebenes
Blatt“.

nagement und stellte in dem Zusammenhang den „**Blauen Ordner**“ vor. Dieser wurde allen Ortsverbänden ausgehändigt und ist ein Leitfaden für die Gewerkschaftsarbeit auf Ortsverbandsebene. Er enthält alle wichtigen Unterlagen, sowie eine Übersicht über die Vorgänge/Abläufe im Ortsverband und soll die Arbeit der Kolleginnen und

Abschließend gab **Landesvorsitzender der Schmid** die Sitzungstermine des Landeshauptvorstands für das Jahr 2022 bekannt. Neben einer Tagesveranstaltung am 27.06.2022 soll im Rahmen einer Online-Veranstaltung am 30.09.22 der Delegiertentag vorbereitet werden, der dann vom 14.10. bis 15.10.2022 in Karlsruhe geplant ist.



Fotos (6): BSBD BW

Der Blaue Ordner.

Kollegen vereinfachen. **Folgende weiteren Punkte standen noch auf der Tagesordnung:**

- Beratung und Abstimmung über aktuelle Anträge,
- Hinweise der Geschäftsstelle und der Mitgliederverwaltung,
- Hinweis des stv. Landesvorstands **Lars Rinklin** als Beauftragter für Werbung, Mitgliedervorteile und Druckerzeugnisse sowie Vorstellung und Beschlussfassung über das Logo für den Delegiertentag 2022,
- Vorstellung der Pläne zur Fachgruppe offener Vollzug, in der die Fachgruppe landwirtschaftlicher Dienst aufgehen soll.

Weiter ermunterte er noch zur Beteiligung an der Demo bzw. zur Teilnahme am Warnstreik des DBB zur Einkommensrunde 2021 am 23. November 2021 in Stuttgart.

Am Ende der Sitzung steht fest: auch wenn die Corona-Pandemie mit ihren Auflagen weiter für Einschränkungen sorgte, war die Sitzung ein voller Erfolg!

Den persönlichen Austausch, den die Pandemie in den letzten Monaten so oft vermissen ließ, kann man durch nichts ersetzen.

Umso schöner, dass der BSBD die Gelegenheit dazu in Karlsruhe bieten konnte.

tem ■

des **BSBD** und bisher Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes des Seniorenverbandes, sein Wirken in diesem Vorstand nunmehr beenden wird. Ein klein wenig tröstet uns, dass **Alexander Schmid** als neuer Beisitzer in den Landesvorstand des Seniorenverbandes gewählt wurde und damit das Erbe von **Ernst Steinbach** sicher würdig und engagiert antreten wird. Der **BSBD** war durch eine stattliche Anzahl an Delegierten – meist in ihrer Funktion beim Seniorenverband – beim Delegiertentag vertreten. **Ernst Steinbach**, **Georg Konrath**, **Otmar Maile**, **Peter Scherzinger**, **Detlef Hamacher**, **Erwin Bächle** und **Alexander Schmid** (s. Foto) zeigten Flagge und unterstützen aktiv die Arbeit des gewerkschaftlichen Premiumpartners des **BSBD**.

Alexander Schmid/wok



(v.l.): Schmid, Konrath, Bächle, Lautensack, Steinbach, Scherzinger, Hamacher, Maile.

Gelungene Präsenzveranstaltung im Waldhotel Sommerberg

Fachgruppe Vollzugsdienst kam in Baiersbronn zusammen

Vom 27. bis 28. September 2021 trafen sich die Fachgruppensprecher fast aller Justizvollzugsanstalten des Landes zur jährlichen Tagung im Waldhotel Sommerberg in Baiersbronn.

Trotz der geltenden Auflagen aufgrund der Corona-Pandemie konnte die Tagung als Präsenztagung durchgeführt werden – dank der hervorragenden Organisation des Hotelteams. Nach der obligatorischen Vorstellungsrunde, die mit kurzen Schilderungen aus den Ortsverbänden verbunden war, konnte Landesvorsitzender **Schmid** in der Runde begrüßt werden. Er brachte die Anwesenden danach auf den neuesten Stand im Bereich Gewerkschaftstätigkeit und informierte über die aktuellen Entwicklungen im politischen Bereich. Kollege **Schmid** gewährte damit einen sehr interessanten Blick hinter die Kulissen der Arbeit des Landesvorstandes.

Diesem interessanten und ausführlichen Bericht schloss sich ein Vortrag des ÖD-Beauftragten der AXA-DBV Herrn **Landbeck** an.

Die Fachgruppensprecher waren positiv über die Vielzahl von Informationen, im Hinblick auf Vorsorge und private Heilfürsorge, überrascht.

Viel Zeit nahm die Diskussion über die Neuberechnung der Jahresarbeitszeit mit ihren Problemstellungen in den einzelnen Anstalten ein. Die Fachgruppensprecher schilderten, was die geforderte personalneutrale Umsetzung in ihren Anstalten für Auswirkungen haben könnte. Es wurde deutlich, wie schnell man im Falle der Umsetzung

dieser Dienstplanung an die Grenzen sowohl hinsichtlich Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung als auch bei der Sicherstellung der Resozialisierung stößt. Als nächstes war die bisher immer noch ungenügende Erfassung von Übergriffen auf Bedienstete Thema. Es kam auch in jüngster Vergangenheit zu zum Teil schweren Übergriffen, aber noch gibt es keine landesweit einheitliche, differenzierte Übersicht.

Die Allgemeinjustiz im Land ist hier schon weiter. Die Fachgruppe sprach sich dafür aus, eine an deren Übersicht angelehnte Erfassung schnellstmöglich auch im Vollzug einzuführen und wird sich weiter dafür einsetzen. Weiter informierte Kollege **Scheike** über den aktuellen Sachstand der „ARGE Uniform“ und nutzte die Gelegenheit, um mit den Anwesenden noch offene Fragen seitens des Ministeriums und des LZBW zu klären. Am zweiten Tag befassten sich die Tagungsteilnehmer mit zahlreichen

an die Fachgruppe herangetragenen Anfragen zu den unterschiedlichsten Problemen aus der Praxis. Eine große Anzahl der Fragen konnte unter Einbindung des Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** direkt vor Ort befriedigend geklärt werden. Im Rahmen der Tagung wurde schließlich noch ein Nachfolger für den bisherigen stellvertretenden Fachgruppensprecher **Steffen Schelenz** gewählt. Er hatte im Vorfeld der Tagung darum gebeten.

Aufgrund einer Erkrankung konnte Kollege **Schelenz** dann leider selbst nicht an der Tagung teilnehmen, daher sei ihm an dieser Stelle nochmals für seine tolle Arbeit gedankt! Als Nachfolger wurde Kollege **Oliver Haubold** aus der JVA Stuttgart einstimmig gewählt.

Damit konnte die Tagung, die viele neue Erkenntnisse brachte und den wichtigen Austausch untereinander ermöglichte, erfolgreich beendet werden.

Jürgen Scheike/tem



(v. l.): Kollegen Scheike, Schmid und Spindler.

Foto: FG VD im BSBD BW

BSBD-Ortsverband Bruchsal lud zur Mitgliederversammlung im Freien

Gesamte Vorstandschaft im Amt bestätigt

Nachdem 2020 coronabedingt keine Mitgliederversammlung stattgefunden hatte, freute sich der Ortsverband, dass in 2021 die Mitgliederversammlung durchgeführt werden konnte.

Trotz herbstlicher Temperaturen fanden am 27. August 2021 sowohl aktive

Kollegen als auch Pensionäre den Weg ins Forster Waldstadion zur Versammlung unter freiem Himmel.

Zunächst wurde der Verstorbenen gedacht: 2020 verstarben **Otto Etzkorn** und **Herbert Brecht**, 2021 **Trude Lacroix-Knabe** und **Roland Riffel**. Ortsverbandsvorsitzende **Sylvia Lange** gab anschließend einen Rückblick auf

2020 und 2021, sowie einen Ausblick auf die Pläne für 2021/2022.

Thilo Gerdes berichtete über die umfangreiche Arbeit der Fachgruppe Junge Bedienstete.

Sodann wurden der Kassier, sowie die gesamte Vorstandschaft einstimmig entlastet, bevor der ehemalige Ortsverbandsvorsitzende **Johann Herrmann** die Wahl der neuen Vorstandschaft souverän durchführte, die ohne Gegenstimme oder Enthaltung gewählt wurde. An dieser Stelle ein großes Dankeschön von der alten und neuen Vorstandschaft für das entgegengebrachte Vertrauen.

Langjährige Mitglieder geehrt

Die Versammlung wurde auch zur Ehrung langjähriger Mitglieder genutzt. **Herbert Michael** (50 Jahre) und **Thomas Penz** (40 Jahre) konnte persönlich gratuliert und gedankt werden, nachdem sie an der Versammlung teilnahmen.

Zusammenfassend war man sich nach der gelungenen Mitgliederversammlung in Bruchsal einig, dass man dem ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden **Michael Schwarz** nur beipflichten kann: „Gemeinschaft, wie sie der **BSBD** mit solchen Veranstaltungen pflegt und bietet, ist halt einfach unersetzlich.“ syl/tem ■



(v.l.): Thomas Penz, Herbert Michael, Sylvia Lange, Alexander Müller, Frank Lackus, Uli Holzwarth.

Fachgruppe Junge Bedienstete im Austausch mit Grüner Jugend

Erstes Treffen verlief positiv – weitere sollen folgen

Am 16. Juli 2021 traf sich der BSBD-Landesfachgruppenvertreter der Jungen Bediensteten **Philipp Weimann** mit **Sarah Heim**, der Landessprecherin der Grünen Jugend.

Das Gespräch kam auf Initiative der **Grünen Jugend** zustande, die sich über den Justizvollzug, einen ihr noch recht unbekannten Bereich, wie sie einräumte, informieren wollte. In der mehr als einstündigen Zusammenkunft wurden **Sarah Heim** die verschiedenen Probleme der Bediensteten im Justizvollzug aufgezeigt. Sehr erstaunt zeigte sie sich über die schlechte personelle Ausstattung, gerade im Bundesvergleich.

In dem Zusammenhang wurde ihr auch die Statistik zu den durchschnittlichen Krankheitstagen der Bediensteten gezeigt und darauf hingewiesen,

dass die hohen Zahlen zu einem nicht unerheblichen Teil auf die mangelhafte Personalausstattung und die dadurch große Belastungen im Dienst zurückzuführen sind.

Die Beförderungssituation in allen Bereichen des Justizvollzugs, Übergriffe auf Bedienstete, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die aktuelle Bewerbersituation, sowie das Bildungszentrum Justizvollzug waren weitere Gesprächsthemen. Außerdem wurde das geplante Antidiskriminierungsgesetz ausführlich diskutiert.

Am Ende waren die beiden sich einig, dass das Gespräch für das gegenseitige Verständnis sinnvoll war, und sie vereinbarten, den Austausch fortzuführen und sich Anfang 2022 in einer größeren Runde erneut zu treffen.

Philipp Weimann/tem



Philipp Weimann mit Diensthund Balin und Sarah Heim. Foto: FG JBed. Im BSBD

16 Punkte umfassenden Forderungskatalog vorgestellt

BBW-Bezirksverbände Freiburg und Karlsruhe tagten

Die gemeinsame Arbeitstagung der BBW-Regierungsbezirksverbände Freiburg und Karlsruhe fand am 16. September und somit noch vor der Bundestagswahl auf dem Weingut Renner in Offenburg statt. Auf Einladung des Regierungsbezirksverbands Freiburg nahm Daniel Meurer als Vorsitzender des Ortsverbands Freiburg für den BSBD daran teil.

Neben den Delegierten waren auch die Bundestagskandidaten Kai Whittaker (CDU) und Thomas Zawalski (Bündnis 90/Die Grünen) vor Ort und stellten sich den Fragen der Anwesenden.

BBW-Chef Kai Rosenberger hatte zuvor den 16 Punkte umfassenden Forderungskatalog des BBW vorgestellt und im Verlauf seiner Ausführungen auch eindeutig zur Bürgerversicherung Position bezogen, indem er sich klar dagegen aussprach. Wie Kai Whittaker von der CDU vertritt man auch beim BBW die Auffassung, dass nur die Kombination aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung im Krankheitsfall eine gute Versorgung aller sicherstelle. Die Bürgerversicherung bedeute in letzter Konsequenz höhere Kosten für schlechtere Leistungen. Thomas Zawalski von den Grünen räumte dagegen ein, dass sich seine Partei für die Einführung einer Bürgerversicherung einsetze, um dem Zweiklassensystem in der Krankenversicherung ein Ende zu bereiten.

Die im Oktober bevorstehende Tarifrunde TV-L 2021 nahm Kai Rosenberger zum Anlass, vor den Delegierten der Arbeitstagung die Forderung des BBW nach der zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamte sowie auf die Versorgungsempfänger nochmals zu unterstreichen und alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst zur Beteiligung an Kundgebungen zu ermuntern.

Zudem versicherte er, dass sich der BBW nach wie vor für eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit im Beamtenbereich stark mache. Daran ändere sich auch nichts, sollte es in absehbarer Zeit zur Einführung von Lebensar-

beitszeitkonten kommen. Diese seien für den BBW allenfalls ein Einstieg in die Reduzierung der Wochenarbeitszeit. Außerdem dränge der BBW wei-



(v.l.): Markus Eichin (RBV Freiburg), Daniel Meurer (BSBD-ÖV Freiburg), Kai Rosenberger (BBW).
Foto: BSBD-ÖV FR

ter darauf, dass die noch verbliebenen Verschlechterungen aus dem Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 zurückgenommen werden, man endlich die Schaffung von Staatswohnungen für Beamte und Tarifbeschäftigte in Angriff nehme, die Mütterrente auch im Beamtenbereich einführe und Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst wirkungsvoll begegne.

Auch die Tätigkeitsberichte von Dirk Preis (RBV Karlsruhe) und Markus Eichin (RBV Freiburg) zeigten, dass trotz der Pandemie die Arbeit in beiden Regierungsbezirksverbänden rege weiterging.

Zum Abschluss des offiziellen Teils der Veranstaltung berichtete Heidi Deuschle, die Vorsitzende der BBW-Landesfrauenvertretung, aus ihrer Tätigkeit, unter anderem von ihren Gesprächen mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen.

Danach blieb bei einem Glas Wein noch genug Zeit für einen regen Austausch unter den verschiedenen Gewerkschaften. Daniel Meurer/tem ■

Justizvollzugsanstalt Ulm

Nachruf

Zutiefst betroffen nehmen wir Abschied von unserem lieben Kollegen und geschätzten Mitarbeiter

Hauptwerkmeister Thomas Ege,

der am 8. November 2021 im Alter von nur 43 Jahren nach schwerer Krankheit, aber doch überraschend verstorben ist.

Seit 2011 hat er die Justizvollzugsanstalt Ulm mit seiner fachlichen und sozialen Kompetenz und seinem freundlichen Wesen bereichert – ebenso den BSBD-Ortsverband, dem er zehn Jahre als Mitglied angehörte. Wir werden ihn sehr vermissen und in unserer Erinnerung wird er immer lebendig bleiben.

Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Angehörigen und allen, die ihn ebenso mochten.

Die Anstaltsleitung, der Ortsverband
und alle Kolleginnen und Kollegen der Justizvollzugsanstalt Ulm



■ **Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €**

- Vortellszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

SUPERCANCE um teurere Kredite, Beamtdarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite
sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de

Exklusivzins
sehr gut

www.AK-Finanz.de